

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 83 (2005)  
**Heft:** 1

**Vorwort:** Editorial  
**Autor:** [s.n.]

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## EDITORIAL

*Mit internationaler Politik hat sich die Rote Revue seit längerem nicht befasst. Dabei haben sich die globalen Konstellationen in den letzten Jahren massgebend verändert: Mit dem Wegfall des «Systemwettbewerbs» seit der Wende von 1989 beschleunigte sich nicht nur die ökonomische Globalisierung, sondern es verblieb mit den USA eine einzige Supermacht. Die Vereinigten Staaten weiten seither die so genannte Monroe-Doktrin, die ihnen «erlaubt», gemäss ihren «legitimen» Interessen in souveränen Staaten zu intervenieren, geografisch immer weiter aus. Quasi als Kehrseite dieser Imperiumsbildung macht sich eine gewalttätige Entwicklung der «neuen Kriege» (Herfried Münkler) und einer «Ökonomie des Terrors» (Loretta Napoleoni) breit. Staatliche Machtmonopole werden von privaten Sicherheitsunternehmen konkurrenziert, multinationale Konzerne mischen sich politisch immer häufiger ein. Paradoxerweise findet diese zunehmende Privatisierung von Politik parallel zur Verfestigung der «Pax Americana», d.h. der hegemonialen Stellung der USA in der Welt, statt.*

*Diese widersprüchlichen Prozesse und ihre Folgen zu analysieren ist das Ziel der vorliegenden Nummer. Die Redaktion hat den zeitlichen Abstand zu den US-Präsidentenwahlen bewusst gewählt, nicht zuletzt um der Gefahr eines blossen «Bush-Bashing» zu entkommen. Bei allen Vorbehalten gegen den Wiedergewählten und seine Administration: Die problematische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten ist weitaus komplexer, als dass sie sich auf einen Mann reduzieren liesse. Vielschichtige Zusammenhänge auf anschauliche Weise darstellen – so lautete daher die schwierige Aufgabe an unsere AutorInnen. Umso erfreulicher ist, dass dafür eine Reihe kompetenter Persönlichkeiten gefunden werden konnte.*

*Aus deren Beiträgen lassen sich wenigstens zwei Schlüsse ziehen. Zum einen existieren historisch gewachsene politische Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, denen ein religiös fundiertes Sendungsbewusstsein (Lau) und verschiedene Sichtweisen von Staat und Gesellschaft zugrunde liegen. Das führt u.a. zu einem völlig anderen Umgang mit Krisenherden (Haller). Zum anderen erweist sich die imperiale Stärke der USA als Folge der Schwäche der übrigen Mächte, insbesondere Europas (Münkler). Dabei muss vorderhand offen bleiben, ob sich ein neues Gleichgewicht durch die Militarisierung der Europäischen Union erreichen lässt, oder ob das Streben nach einer neuen «Koalition der Willigen» (Zumach), sei das auf multinationaler oder zivilgesellschaftlicher Ebene (Ziegler, Wälti) nicht doch Erfolg versprechender ist. Die in den Beiträgen skizzierten Strategien können insofern als Ausgangspunkt einer weiterführenden Debatte zum Thema dienen.*

*Die Redaktion*